



II-2212 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 17. Jänner 1985

Zahl 10.101/84-I/lb-84

Schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1046/J der Abgeordneten Dr. Maria HOSP, Dkfm. Dr. STUMMVOLL, Maria STANGL und Kollegen betreffend Insulinbevorratung (2)

1001 IAB  
1985 -01- 21  
zu 1046 J

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton B E N Y A

PARLAMENT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1046/J betreffend Insulinbevorratung (2), welche die Abgeordneten Dr. Maria HOSP, Dkfm. Dr. STUMMVOLL, Maria STANGL und Kollegen am 3. Dezember 1984 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 und 2 der Anfrage:

Die 6 Monate-Frist wird damit begründet, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ständigen Kontakt mit den maßgeblichen Stellen im Rahmen des bestehenden Vertriebssystems hält. Im November 1984 stattgefundenen Gespräche mit den drei wichtigsten Insulindepositeuren und den beiden größten Drogen-großhändlern Österreichs bestätigen die in der zur Anfrage Nr. 422/J gemachten Aussagen. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß es keine gesetzlichen Meldepflichten für Lagerbestände von Medikamenten im allgemeinen und von Insulin im besonderen gibt.

- 2 -

Zu Punkt 3 der Anfrage:

Ja; für eine angenommene Krisensituation in der Dauer von 6 Monaten ist die Insulinbevorratung ausreichend gesichert.

Zu Punkt 4 der Anfrage:

Wie vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bekanntgegeben wurde, ist auf dem Sektor der Insulinherstellung eine Umstellung auf neue Technologien im Gange, sodaß für die Zukunft erneut auch die Möglichkeiten einer Erzeugung von Insulin in Österreich in die Überlegungen einbezogen werden können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Freyer'.